

Buchbesprechungen

Moewes, Winfried: Grundfragen der Lebensraumgestaltung. Raum und Mensch, Prognose, „offene“ Planung und Leitbild. Walter de Gruyter-Verlag, Berlin - New York 1980. 877 S. DM 198,—.

Moewes, Winfried: Grundfragen der Lebensraumgestaltung. Ergänzungsband: Stadt-Land-Verbund in der Planungspraxis am Beispiel des städtebaulichen Rahmenplans Gießen-Wetzlar. Walter de Gruyter-Verlag, Berlin - New York 1981. 333 S. DM 136,—.

Das hier zu rezensierende Werk, das immerhin aus zwei Bänden mit insgesamt rd. 1200 Seiten besteht, beinhaltet im Grunde zwei unterschiedliche Gegenstände. So werden im Hauptband (mit Ausnahme des 7. Teiles) aufgrund der heutigen Zweifel an der Gestaltung unseres Lebensraumes in breiter Form Grundfragen der Lebensraumgestaltung in nahezu philosophisch-anthropologischer Sicht analysiert und interpretiert, während in Teil 7 des Hauptbandes und in dem Ergänzungsband mehr konkrete Raumplanungsfragen am Beispiel Mittel-Hessens zum Tragen kommen. Zwar fühlt sich der Rezensent mehr für die letztgenannten raumplanerischen Fragestellungen berufen, jedoch würde man dem umfangreichen Werk keineswegs gerecht werden, wenn nicht auch dem mehr interdisziplinären Charakter der Untersuchung Beachtung geschenkt würde, speziell der Position des Autors hinsichtlich der Analysen über die Wechselwirkungen zwischen Mensch und Raum. Denn diese analytisch-synthetischen Betrachtungen sind ja an der Tatsache zu messen, daß sich die Menschen und Gesellschaftssysteme gerade unserer Zeit um eine Neubesinnung bezüglich der Gestaltung des Lebensraumes bemühen. Fast täglich werden wir mit derartigen Problemen und Interessenkonflikten konfrontiert, z. B. bei der Planung und Errichtung von Wohnsiedlungen, bei Industrie- und Verkehrsausbauten oder bei der Diskussion um die Zukunft des ländlich-agraren Raumes. So wird zu Recht z. B. jene Frage diskutiert, ob nicht eine im Menschen verankerte begrenzte Dichtetoleranz durch eine falsche Siedlungspolitik gerade in den letzten Jahrzehnten überschritten worden ist. In diesem Zusammenhang werden auch Ergebnisse etwa der Tierökologie bzw. der Verhaltensforschung in die Untersuchung eingeflochten, die klar zum Ausdruck bringen, daß nachhaltige Überforderungen der Dichtetoleranz, der Nichtachtung des Eigenraumes schließlich zu psychischen und körperlichen Schäden und/oder zu gesteigerter Aggressivität und Gewalttätigkeiten führen.

Die vom Verfasser erarbeiteten Hypothesen zum Verhältnis Mensch - Raum und die daraus entwickelten Forderungen leiten über zu einer kritischen Analyse der heutigen Prognoseverfahren, deren Methoden und Möglichkeiten in den anschließenden Teilen 2 bis 4 diskutiert werden. Es wird dabei u. a. zum Ausdruck gebracht, daß detaillierte Prognosen meist unzureichend, wenn nicht gar unmöglich sind und somit entbehrlich seien. Vielmehr würden sog. Grobprognosen auch für die Erstellung von Planungsleitbildern völlig ausreichen. Langfristige „absolut verlässliche“ Vorhersagen benötige man nicht,

da eben nicht nur die Entwicklungen sich zwischenzeitlich ändern, sondern auch die Vorstellungen bezüglich wünschenswerter Maßnahmen variieren. Notwendig wäre jedoch ein Prognoseverfahren, „daß uns in möglichst rascher Abfolge, also kurzfristig, nach Teilräumen differenzierte, am momentanen Entwicklungspotential orientierte Grobprognosen liefert, die uns anzeigen, ob eine Entwicklung in der gewünschten Richtung verläuft und die eingeleiteten Maßnahmen dem dienlich sind“ (S. 294).

Konkretisiert werden die Überlegungen zu einem flächenbezogenen Leitbild der Regionalplanung in den folgenden Teilen 5 und 6 sowie vor allem 7, wo der erstrebenswerte Stadt-Land-Verbund am Beispiel Mittel-Hessen analysiert und interpretiert wird. Mit „Stadt-Land-Verbund“ ist die Vorstellung verknüpft, daß das räumliche Potential in seiner ganzen Vielfalt erschlossen und wechselseitig ergänzend nutzbar gemacht werden muß. Man sollte eben nicht nur Objekte wie die „dezentralisierte Großstadt“, die „Regionalstadt“ oder „Entwicklungszentren und Achsen“ in der Regionalplanung vor Augen haben, da damit die Möglichkeit zur Neuordnung des gesamten Raumes durch zu stereotype Vorstellungen eingeschränkt werden. Vielmehr fordert der Autor zu Recht Leitvorstellungen, „die begünstigen, daß sich entsprechend der jeweiligen gebietlichen Voraussetzungen vielgestaltige Systeme der Flächennutzung herausbilden, die dem Menschen differenzierteste Nutzungsmöglichkeiten eröffnen“ (S. 442). Daß eine derartige Forderung, städtische und ländliche Formen der Raumnutzung miteinander zu verbinden, keineswegs neu ist, wird vom Verf. selbst hervorgehoben. In Teil 6 werden zudem historische Beispiele des Stadt-Land-Verbundes (u. a. römische Villenkultur, städtisch-ländliche Verbundformen in einzelnen europäischen Staaten während der vergangenen Jahrhunderte) gebracht. Insgesamt gesehen werden die Ausführungen zum Thema Stadt-Land-Verbund durch zahlreiche Karten, Abbildungen und Diagramme veranschaulicht. Vor allem betrifft dieses den 7. Teil, der als Fallstudie das flächenbezogene Leitbild einer „Stadt-Land-Verbund-Region“ für Mittel-Hessen zum Gegenstand hat. Hier werden speziell raumbezogene Empfehlungen z. B. bezüglich einer raumgerechten Bebauung, einer Verbesserung bzw. Stärkung der Industrie-, Verkehrs- und Freizeitsituation sowie der Sicherung der Energie- und Wasserversorgung ausgesprochen.

Weiter konkretisiert der Autor seine raumplanerischen Leitbilder in dem 1981 erschienenen Ergänzungsband, und zwar hier am Beispiel des städtebaulichen Rahmenplans Gießen-Wetzlar. W. Moewes betont, daß sich der Bereich Gießen-Wetzlar, der sich aus den beiden Städten mit rd. 80 000 bzw. 50 000 Einwohnern und zahlreichen ländlichen Gemeinden zusammensetzt und für den mittelhessischen Raum mit knapp 800 000 Menschen den städtisch-zentralen Schwerpunkt darstellt, zur Anwendung der Konzeption des Stadt-Land-Verbundes geradezu anbietet. Hier kommt also primär der Raumplaner aus der wissenschaftlichen Geographie mit den bereits genannten Fragestellungen, wie sie schon in Teil 7 des Hauptbandes angeschnitten werden, zu Wort. Nach einleitenden Kapiteln (Teil 1: Vorüberlegungen zum Terminus „städtebaulicher Rahmenplan“; Teil 2: Raumstruktur im Städtebereich Gießen-Wetzlar) werden im folgenden (Teile 3 bis 8) einzelne Aspekte und Zielvorstellungen des städtebaulichen Rahmenplanes, so Versorgung und Wohnen, Freiraumerholung (z. B. Grün- und Wasserflächen im Städtebereich), Gewerbe, Verkehr sowie Landwirtschaft in der Stadt, dargelegt. Abschließend wird die Verträglichkeit jenes städtebaulichen Rahmenplanes mit dem Regionalen Raumordnungsplan bzw. mit dem Landschaftsplan untersucht.

Bei allem Respekt vor der großen wissenschaftlichen Leistung, die sich in dem Gesamtwerk sowohl in fachspezifischer wie in interdisziplinärer Sicht manifestiert, sei dennoch eine kleine kritische Bemerkung erlaubt. Gemeint ist die kritische Frage, ob man nicht eine Straffung bzw. Kürzung der einzelnen Kapitel vor allem im Hauptband hätte durchführen sollen, da sicher auch der aufmerksame Leser aufgrund der riesigen Stofffülle hin und wieder auf eine Geduldsprobe gestellt wird.

E. Gläßer, Köln

Schmucker, Helga: Studien zur empirischen Haushalts- und Verbrauchsforschung (Beiträge zur Ökonomie von Haushalt und Verbrauch, Heft 15). Duncker & Humblot, Berlin-München 1980. XVI, 357 S. DM 74,—.

Helga Schmucker liefert mit diesen gesammelten Aufsätzen, wie sie mit Recht im Vorwort erklärt, „ein Stück Geschichte“ der empirischen Haushalts- und Verbrauchsforschung. Nach dem Zweiten Weltkrieg war sie als Wissenschaftlerin im Bayerischen Statistischen Landesamt mit laufenden Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichproben und Sozialproduktberechnungen betraut. Von 1959 bis 1979 gehörte sie dem Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit an. Ab 1965 leitete sie als Professorin an der Universität Giessen das dortige Institut für Wirtschaftslehre der Haushalts- und Verbrauchsforschung.

Der vorliegende Band enthält Arbeiten, die im letzten Vierteljahrhundert erschienen sind. Die Beiträge sind nach folgenden Problemfeldern geordnet:

- Das generative Verhalten und die ökonomische Lage der Familie mit Kindern;
- Privater Verbrauch, werteschaffende Leistung im Haushalt und Lebensqualität;
- Haushaltsführung und -versorgung;
- Zur Methodik der Haushaltsrechnungen.

Ihr Lebenswerk weist Helga Schmucker einen Platz in der Reihe jener bedeutenden Sozialwissenschaftler zu, die wie Engel, Schwabe, Woytinski oder Edding mit dem Handwerkszeug der amtlichen Statistik Erkenntnisse erschließen, die vorgefertigten Weltbildern nicht gut bekommen und von den Regierenden nur zu ihrem und unserem Schaden ignoriert werden. Von der Passion des geübten Sozialstatistikers, gesellschaftliche Trends gewissermaßen *in statu nascendi* nachzuspüren, wurde sie zeitlebens beherrscht. Viele ihrer Beobachtungen waren ihrer Zeit voraus und wurden erst Jahrzehnte später von der Sozialwissenschaft voll rezipiert.

So hat Frau Schmucker schon vor etwa 20 Jahren wiederholt Material über die Benachteiligung von Familien mit Kindern vorgelegt. Sie sah eine Zweiklassengesellschaft im Kommen, die nicht so sehr an den überkommenen Statuskriterien orientiert ist, als vielmehr an demographischen Merkmalen: einmal die Doppelverdiener oder Alleinstehenden ohne Kinder, zum anderen die „Normalfamilie“ mit nur einem Ernährer. Sie wies frühzeitig auf den Zusammenhang zwischen unzureichendem Wohnraum und behinderten Entfaltung- und Sozialisierungschancen für Kinder hin. Sie lieferte damit eine Frühdiagnose der kinderfeindlichen Gesellschaft, deren traurige Konsequenzen Jahrzehnte später nicht nur in der Statistik sichtbar werden.

Frau Schmucker hat sich dem empirischen Studium des Familienhaushalts im sozialen Wandel zugewandt zu einer Zeit, als die Aufmerksamkeit der Wirtschaftswissenschaft ganz auf das für den Markt produzierende Unternehmen gerichtet war. Nahezu ignoriert wurde insbesondere die Eigenproduktion im Haushalt und damit die wirtschaftliche Rolle der Frau. Lange bevor die Sozialindikatorenbewegung und andere eher wachstumskritische methodische Ansätze einen breiteren Begriff der „Wohlfahrtsproduktion“ verfolgten, hatte Helga Schmucker dieses Thema quantitativ fundiert aufbereitet.

Ihr Generalthema ist das Unbehagen gegenüber dem Monopolanspruch und den Exzessen der arbeitsteiligen, zentralisierten Produktionsweise, gegenüber dem, was Polanyi die Große Transformation genannt hat. Eine erneute Lektüre ihrer bedeutenden Aufsätze ist dringend anzuraten zu einem Zeitpunkt, an dem die Grenzen der Bedürfnisbefriedigung durch die arbeitsteilige Ökonomie so augenfällig werden wie heute.

B. Strümpel, Berlin

Bretzke, Wolf-Rüdiger: Der Problembezug von Entscheidungsmodellen. (Band 29 der Reihe: Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften.) J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1980. XV, 280 S. DM 78,—.

Ausgehend von einer diagnostizierten Krise von Operations Research und entscheidungsorientierter Managementwissenschaft überdenkt Bretzke in seiner Kölner Habilitationsschrift von 1978/79 das Verhältnis zwischen den Entscheidungsmodellen und ihren Originalen in grundsätzlicher und zugleich detaillierter Weise. Es ist seine Absicht, durch die Erarbeitung von Bestimmungsstücken einer Methodologie modellgestützter Entscheidungsprozesse zur Beseitigung von Ursachen für die Störung des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Praxis auf den genannten Gebieten beizutragen. Zu diesem Zweck setzt er sich zentral und überaus konsequent mit den Erscheinungsformen des sog. „Abbildendenkens“ auseinander, das bekanntlich zahlreichen Modellen der betriebs- und auch der volkswirtschaftlichen Entscheidungslogik hauptsächlich in der Weise zugrundeliegt, daß angenommen wird, Entscheidungsmodelle seien als homomorphe Abbilder originaler Wirklichkeit zu begreifen (S. 28 ff.).

Für Bretzke, der Entscheidungslogik dezidiert von empirischer (explikativer) und wertender (normativer) Entscheidungstheorie trennt und letztere aus Gründen methodischer Praxisberatung präferenziert, sind sie das keineswegs. Sie bestehen für ihn hauptsächlich in „Konstruktionen“, die letztlich die „innovative Entdeckung neuer Möglichkeiten der praktischen Daseinsbewältigung“ beinhalten oder doch zumindest Chancen dafür bereitstellen (S. 110). Die jeweilige Modellierung, bei der vom Autor zweckmäßig „K-Modelle“ mit konkretem Situationsbezug von „A-Modellen“ mit übersituativem Geltungsanspruch unterschieden werden (S. 10 ff. u. 194), sei nicht „strikt auf eine objektive Rekonstruktion der Wirklichkeit, sondern auf eine Erfassung der subjektiven Wirklichkeitsvorstellungen des jeweiligen Modellbenutzers ausgerichtet“ (S. 189). Besonders in A-Modellen, welche die Mehrzahl der in der Literatur publizierten Modelle darstellen, werden also „bestenfalls Vorstellungsinhalte“ abgebildet, nicht aber Gegenstände (vgl. S. 216 f.).

Was den Aufbau des Buches betrifft, so nimmt der Autor nach kurzer Einführung in den gesamten Problembereich der Arbeit (1. Kap.) zunächst in definierenden und systematisierenden Darlegungen eine kritische Bestandsaufnahme der heute gängigen Modellbegriffe vor. Hier wird die soeben skizzierte Dreiteilung der Entscheidungslehren in Entscheidungslogik — die mit der ihr zugedachten „normativ-explikativen Doppelfunktion“ bis in die klassische Nationalökonomie zurückreicht (vgl. S. 16 ff.) —, empirische und normative Entscheidungstheorie hauptsächlich vom Standpunkt einer strukturalistischen Wissenschaftstheorie in Anlehnung an Stegmüller und andere, aber unter voller Kenntnis und Einbeziehung der Positionen kritischer Rationalisten vorgeführt und sorgfältig unter die Lupe genommen (2. Kap.).

Die längsten und gründlichsten Ausführungen des Buches finden sich freilich erst im Anschluß daran und sind vier gedanklichen Einzelprozessen gewidmet, die nach Bretzke bei der Konstruktion von Entscheidungsmodellen bzw. in normativer Entscheidungstheorie auftreten, nämlich der jeweiligen Problemdefinition durch „Deutungsmuster“, „Zielbildung“, „Entscheidungsfeldbildung“ und „Erwartungsbildung“. Der Autor macht hier m. E. völlig klar, welche große Rolle

- erstens begrifflich-konzeptionelle Vororientierungen (wie z. B. durch die „ökonomische Perspektive“ als ein grundlegendes Deutungsmuster; vgl. S. 41 f.),
- zweitens Zielvorstellungen und -konzeptionen der verschiedensten Art (seien es etwa „vertikale“ oder „horizontale Zielrelationen“; siehe S. 78 ff. u. 87 ff.),
- drittens unterschiedliche Ansatzpunkte und Problembereiche der Entscheidungsfeldbildung (wobei besonders die Ausführungen über die elementare Klassifikation in „Handlungsalternativen“ und „Handlungsbedingungen“ auf S. 113 ff. Beachtung verdienen) und
- viertens auch und nicht zuletzt Erwartungshaltungen (neben sog. „Umwelterwartungen“ in Gestalt von Zustands- und Entwicklungserwartungen vor allem „Zielrealisationserwartungen“; vgl. S. 144 ff. u. 157 ff.) bei der Konstruktion von Entscheidungsmodellen spielen (3. Kap.).

Im Anschluß an dieses Kapitel wird dann die gleichfalls vielschichtige Problematik der Beurteilung bzw. Bewertung bereits konstruierter Entscheidungsmodelle von der grundsätzlichen Seite her analysiert, wobei der Autor in Abweichung vom bisher Üblichen begrifflich scharf zwischen dem Situationsbezug und dem Problembezug solcher Modelle differenziert (S. 195 ff.). Anhand von daran anschließenden Unterscheidungen von „Situationstypen“ und „Problemtypen“, die einen wesentlichen Beitrag zur Fortentwicklung morphologischer Fragestellungen in der Betriebswirtschaftslehre enthalten (vgl. S. 204 ff. u. 222 ff.), arbeitet er zwingend heraus, daß die Beurteilung der Wirklichkeitsangemessenheit eines Entscheidungsmodells sehr viel komplexere gedankliche Operationen umfaßt als einfache Wahrheitsentscheide im Anschluß an empirische Tests. Nach Bretzke liefert daher das Falsifikationskriterium, wie es bekanntlich besonders Popper vertritt, „keinen sinnvollen Maßstab für die Beurteilung von allgemeinen Entscheidungsmodellen“. Es ist daher durch ein Kriterium der „Realitätsnähe“, das als ein Kontinuum unterschiedlicher Grade der Allgemeinheit von Modellen gedacht ist und ein A-Modell um so realistischer erscheinen läßt, „je größer die Wahrscheinlichkeit ist, daß eine zufällig ausgewählte Entscheidungssituation zugleich eine Anwendungssituation des Modells ist“ (S. 215), zu ersetzen (4. Kap.).

Wenn auch speziell die Präzisierung dieses neuen Kriteriums weiterer methodologischer Bemühungen bedarf (siehe so auch Bretzke selbst S. 244 f.), so ist doch die Bedeutung der vorliegenden Schrift für den weiteren Ausbau der Wirtschaftswissenschaften und insbesondere der Betriebswirtschaftslehre als Wissenschaft sowie zugleich der betriebswirtschaftlichen Praxis nicht leicht zu überschätzen. Die Verwissenschaftlichung dieser Praxis — oder doch die Chance dazu — erreicht durch die Studie Bretzkes zweifellos eine neue Dimension, da der Autor nicht nur interdisziplinär (übrigens unter Einbeziehung auch soziologischen Schrifttums) forscht, sondern auch die heute gängigsten wissenschaftsphilosophischen Strömungen kennt und kombiniert berücksichtigt. Bretzke bietet eine exzellente — leider hier auch nicht annähernd vollständig andeutbare — Argumentation, die gleichermaßen durch ihren waghalsig hohen Abstraktionsgrad wie durch ihren anschaulichen Stil, in der auch zahlreiche einfache Beispiele wie selbstverständlich ihren Platz haben, besticht. Obwohl sich der Autor mit vielen Fachvertretern der Betriebswirtschaftslehre, allgemeinen Methodologie und der Wissenschaftstheorie „anlegt“, bleibt er immer um Fairneß bemüht und erreicht diese auch.

Das Buch deckt viele Verbindungslinien des Bretzke'schen Denkens auch zu sozialwissenschaftlichen Konzeptionen hin auf, die nicht explicite entwickelt werden, wie z. B. zu Weissers und Katterles Systemen normativer Wissenschaft bzw. Betriebswirtschaftslehre auf bekennntismäßiger Grundlage oder zu der vom Rezensenten vertretenen Utopistik-Konzeption. Was die letztere betrifft, so erfährt diese Konzeption durch das vorliegende Werk außerordentliche Förderung, indem nämlich Bretzke nicht müde wird, die kreative bzw. innovative Bedeutung von Ideen, Vorstellungen, Entwürfen, Bedeutungsmustern, Konstruktionen usw. zu betonen und sich von deterministischen Verhaltenslehren idealistischer oder materialistischer Provenienz zu distanzieren, wozu ihm die begründete Ablehnung des Abbildendens den Einstieg gibt (vgl. z. B. S. 20). Allerdings verschanzt sich der Autor gelegentlich hinter dem Satz „Sollen impliziert Können“ (der der alten Maxime „ultra posse nemo obligatur“ entspricht), obwohl er doch einräumt, daß Normen „ihre normative Kraft gerade aus ihrem kontrafaktischen Geltungsanspruch bezieh(en)“ (siehe dazu u. a. S. 133 und 169). Weil auch der Rezensent der letzteren Ansicht ist und nicht zuletzt deshalb die Relevanz selektierender, nichtganzheitlicher Utopien gerade auch für die Gegenwart bejaht, vermag er die zuletzt besonders von Albert bejahte Maxime nicht zu überschätzen (siehe dazu Sozialer Fortschritt, 29. Jg., 1980, S. 4). Sollte sich in Bretzkes Bejahung dieser Formel ein Rest von Abbildenden verbergen?

W. W. Engelhardt, Köln

Stieger, Hartmut: Zur Ökonomie der Hochschule. Möglichkeiten und Grenzen der Übertragung des produktionstheoretischen Instrumentariums der Betriebswirtschaftslehre auf die wissenschaftliche Hochschule unter besonderer Berücksichtigung der Aufgabenbereiche Lehre und Studium (Ein systemtheoretischer Ansatz). Verlag der Ferber'schen Universitätsbuchhandlung, Gießen 1980. 366 S. brosch. DM 32,—.

Die Ökonomie der Hochschule als ein Teil der Ökonomie des Bildungswesens ist ein noch vergleichsweise junges Forschungsgebiet — kaum ein Lehrgebiet —, allerdings ein Gebiet, auf dem in den letzten Jahren durchaus mit einigem Einsatz gearbeitet wurde. Der Rezensent hat zur Fortführung

dieser Bemühungen an anderer Stelle¹ einerseits Modellversuche zur praktischen Umsetzung von Vorschlägen zu (mehr) Ökonomie in der Hochschule, andererseits theoretische Untersuchungen zur weiteren grundsätzlichen und wissenschaftlichen Absicherung einer Lehre von der Hochschulökonomie angeregt. Die vorliegende Arbeit Stiegers ist ein solcher theoretischer Ansatz neben einigen anderen Theorieversuchen der letzten Jahre; ich möchte hier an die Arbeiten von Caspar² — der ein produktionstheoretisches Planungsmodell anstrebte — sowie von Verry und Davies³ — die mit Hilfe statistischer Methoden dem Kosten- und Leistungsverhalten von Universitäten nachspürten — erinnern, und selbstverständlich sind auch alle Bemühungen um vertretbare Kapazitätsermittlungen für Hochschulen⁴ (nicht nur in den Kapazitätsverordnungen) ein Stück Arbeit an einer Theorie der Produktion der Hochschule.

Stieger geht aus von der betriebswirtschaftlichen Produktionstheorie, die die quantitativen Zusammenhänge der Leistungserstellung in Produktionsfunktionen zu erfassen sucht. Dabei legt er seinen Ableitungen den Typ C im Sinne Heinsens zugrunde, eine Produktionsfunktion, die sowohl limitationale als auch substitutionale Zusammenhänge zwischen den Produktionsfaktoren berücksichtigt. Stieger nennt die von ihm entwickelten Funktionen Transformationsfunktionen, ohne daß damit für ihre theoretische Bedeutung grundsätzlich anderes gemeint ist.

Der Autor unterscheidet drei große Subsysteme der Hochschule: Forschung, Lehre und Studium. Um den theoretischen Ansatz zu bewältigen, klammert er allerdings die Forschung aus. Die Unterscheidung von Lehre und Studium als produktionstheoretisch relevantes Subsystem wird im Verlauf der Untersuchung zugunsten der Verbundeinheit (oder des Verbundsystems) Lehre und Studium aufgegeben. Die Transformationsfunktion entwickelt Stieger in zwei Stufen, von denen die erste — die Elementartransformation — den Einsatz von Produktionsfaktoren für die einzelne Lehrveranstaltung beschreibt und die zweite — die Wiederholungsfunktion — die Häufigkeit bestimmter Arten von Lehrveranstaltungen berücksichtigt. Die Gesamt-Transformationsfunktion für die Leistung (das „Produkt“) „Absolventen eines Studienganges“ ergibt sich durch Aggregation. Hierbei kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß verschiedene Abschnitte der Funktion (der Faktor-Leistungskurve) zu unterscheiden sind: ein unterer Bereich, der durch die Erfordernisse einer Mindestausstattung (durch Ganzzahligkeitsbedingungen berücksichtigt) und mithin durch degressive Kostenverläufe gekennzeichnet ist, ein „Normalbereich“ mit proportionalem Faktoreinsatzverhalten und ein oberer „progressiver Grenzbereich der Faktoreinsatzfunktion“. Dieses Ergebnis kommt gewiß nicht unerwartet, doch verbindet Stieger seine theoretisch gestützten Erkenntnisse mit einer Kritik an den Modellvorstellungen, die den Kapazitätsverordnungen zugrunde liegen und die mit Curricularrichtwerten diesem Faktoreinsatzverhalten gerade nicht Rechnung tragen; die

¹ WIBERA-Projektgruppe Bolsenkötter im Auftrage des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Ökonomie der Hochschule, Baden-Baden 1976, Bd. III, S. 57 ff.

² Reinhard Caspar, Ökonomische Konzeption einer rationalen Hochschulplanung, Weinheim-Berlin-Basil 1970.

³ Donald Verry, Bledwyn Davies, University Costs and Outputs, Amsterdam-Oxford-New York 1976.

⁴ Gert Elstermann (Hrsg.), Ausbildungskapazität, Göttingen 1971; WIBERA-Projektgruppe, Bd. I, S. 216 ff.

Folge ist eine Benachteiligung kleiner Hochschulen (Fachbereiche) und umgekehrt eine Bevorzugung großer Hochschulen (Fachbereiche).

Ein Blick auf die Strukturierung der Arbeit mag noch das Vorgehen des Autors veranschaulichen: Nach einer 30seitigen Einleitung (mit Problemstellung, Themenabgrenzung und Darstellung des Untersuchungsganges) wird auf den Seiten 31 bis 104 die Hochschule als „wissenschaftliches Verbundsystem“ mit Hilfe des betriebswirtschaftlichen Begriffs- und Erkenntnisapparates beschrieben. Es folgt auf den Seiten 105 bis 188 die Ableitung der „Transformationsfunktion des Verbundsystems Lehre und Studium“, die im folgenden und letzten Teil (S. 189 bis 276) analysiert und mit der Kritik an dem in der Bundesrepublik verwendeten Kapazitätsmodell verbunden wird. Ein umfänglicher Anhang (S. 283 bis 366) enthält außer dem Schrifttumsverzeichnis zahlreiche Materialien.

Die Arbeit Stiegers beweist m. E. schlüssig, daß das produktionstheoretische Instrumentarium der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre sinnvoll und fruchtbar auf den Dienstleistungsbetrieb Hochschule übertragen werden kann; die Beiträge der Systemtheorie — vom Autor im Untertitel seiner Arbeit ausdrücklich angesprochen — scheinen mir allerdings mehr terminologischer Art zu sein. Ein nicht weiterführender Ansatz dürfte die Interpretation des Studiums als Subsystem des Betriebs Hochschule sein, weil hierdurch der Weg zur konsequenten Deutung der Hochschule als Dienstleistungsbetrieb erschwert wird; das Studium ist auf der Seite des Studenten (= Kunden der Hochschule) das Gegenstück zum betrieblichen Vorgang der Leistungserstellung in Form der Lehre. Die Korrektur des Autor liegt darin, daß er seine Untersuchungen im Kern auf das „Verbundsystem Lehre und Studium“, letztlich also auf die betriebliche Leistung Lehre abstellt. Stiegers Arbeit wurde als Dissertation an der Justus-Liebig-Universität Gießen angenommen. Angesichts der noch geringen Zahl theoretischer Arbeiten auf dem Gebiet der Hochschulökonomie sind einige deskriptive Längen und gelegentliche begriffliche oder theoretische Unschärfen verständlich. Insgesamt ist dem Verfasser für die Mühe zu danken, die er auf seinen — durchaus konstruktiven und beachtlichen — Beitrag zu den theoretischen Aspekten der Hochschulökonomie verwendet hat.

H. Bolsenkötter, Düsseldorf

Herder-Dorneich, Philipp: Gesundheitsökonomik. Systemsteuerung und Ordnungspolitik im Gesundheitswesen. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1980, VIII, 204 S. Kart. DM 44,—.

Als 1884 die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) eingeführt wurde, konnte man vielleicht noch annehmen, daß medizinische Leistungen im Krankheitsfall wie andere Güter und Dienste in der Regel über Märkte erworben werden können und daß man nur eine Hilfseinrichtung für Ausnahmefälle brauche, damit auch Bedürftige, die den „Marktpreis“ nicht zahlen können, in den Genuß solcher Leistungen kämen. Solche Vorstellung mochte verständlich, vielleicht sogar gerechtfertigt sein, solange die GKV nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung umfaßte. Heute, wo sie über 90 % der Bevölkerung einschließt, kann von einer Steuerung durch Marktmechanismen nicht mehr die Rede sein.

Schon lange bevor die „Kostenexplosion im Gesundheitswesen“ die Funktionsunfähigkeit des Systems zur bedrohlichen Projektion machte und die Versuche einsetzten, die Kosten zu „dämpfen“, insbesondere durch konzentrierte Aktionen, hatte sich Philipp Herder-Dorneich mit den Steuerungspotentialen des „Nicht-Markt-(aber dennoch ökonomischen) Systems“ GKV auseinandergesetzt. Seine Titel „Zur Theorie der sozialen Steuerung“ (Köln 1965), „Soziale Kybernetik; zur Theorie der Scheine“ (Köln 1965) und der umfangreiche „Sozialökonomische Grundriß der GKV“ (Köln 1966, 406 S.) bezeichnen nicht nur zeitlich den Ursprung dieser wissenschaftlichen Versuche, sondern auch ihre Intention und ihre Methode. Zieht man aus seinen späteren Veröffentlichungen (die in dem hier angezeigten Band – soweit zu erkennen ist vollständig – verzeichnet sind) die Stichworte „Dienstleistungsökonomik“, „Systemanalyse und Systempolitik“ (1972), „Verbandsökonomik“, „Konzept der Vielfachsteuerung“ (1973) und „soziale Ordnungspolitik“ (1977, 1979) heraus, hat man bereits eine treffende und umfassende Charakteristik der tragenden Ideen dieses Denkens.

Herder-Dorneich hat nun diese vielfachen Untersuchungen, die er – wie er selbst im Vorwort sagt – über die Jahre hin von vornherein unter einen Gesamtplan gestellt hatte, zusammengefaßt und überarbeitet, „um sie einem breiteren Interessentenkreis handlich zu machen“. Insofern liegt hier – nach der Absicht des Verfassers – keine Fortführung seiner gesundheitsökonomischen Forschungen und auch kein neuer sozialpolitischer Reformplan vor, sondern eine Art Zwischenbilanz. Wer gesundheitspolitische und gesundheitsökonomische Diskussionen in den letzten 10 oder 20 Jahren mitverfolgt hat, wird daher im wesentlichen Bekanntes vorfinden. Wer an Problemen des Gesundheitswesens zwar interessiert ist, den Auseinandersetzungen der Experten aber ferner steht, findet eine komprimierte, dennoch aber fast vollständige systematische Übersicht über die Schwierigkeiten dieses Systems, eine Analyse ihrer Ursachen und der Möglichkeiten, sie zu mindern – soweit es solche Möglichkeiten überhaupt gibt. Wer das System der GKV noch nicht kennt, wird feststellen müssen, daß er es aus diesem Buch nicht kennenlernt, sondern daß die Kenntnis aller Rechtsregeln und Organisationsformen vorausgesetzt wird. Ein „institutionelles“ Kapitel hätte den Insidern zwar noch mehr Altbekanntes geboten, das Buch aber zu dem vorzüglichen ökonomischen Lehrbuch zur Krankenversicherung gemacht, das es ansonsten ist.

Im weit überwiegenden Teil des Buches bedient sich Herder-Dorneich der Methode der sozialökonomischen Systemtheorie (S. 30). Als Akteure, deren Interaktionen die Leistungen des Systems GKV produzieren, werden die Versicherten, die Ärzte, die Krankenkassen, die Kassenverbände, die Ärzteverbände, die Funktionäre, die Krankenhäuser, die Krankenschwestern, die Apotheker, die pharmazeutische Industrie, die Politiker und die Regierung behandelt, während z. B. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie deren Verbände unberücksichtigt bleiben, um die Modelle nicht zu überfrachten (S. 29 f.). Als Instrumente, die das Zusammenwirken der Aggregate und die Leistungen des Systems koordinieren und steuern, werden vor allem die verschiedensten Arten von Scheinen (Geld, Wahlscheine, Gutscheine, Berechtigungsscheine) behandelt (S. 30), darüber hinaus spezielle Lenkungs- und Koordinationsmittel der GKV wie Gebührenordnungen, Honorierungsverfahren, Beitragssätze, Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenzen (S. 29). Diese Steuerungsinstrumente verbinden die Aggregate

zu einem komplexen System aus Märkten, Quasi-Märkten, Gruppenverhandlungen und Wahlen (S. 29 f.).

Die zu dieser Art von Systemdarstellung reichlich verwendeten grafischen Darstellungen vermögen auf einen einzigen Blick Zusammenhänge übersichtlich zu machen, die durch eine diskursive Beschreibung nur im nacheinander umständlich darstellbar wären. In dieser Übersichtlichkeit, die eine wesentliche Reduktion von Komplexität erbringt, liegt der didaktische Wert der Modelle (S. 31 f.), den das Buch voll ausschöpft, aber auch ein heuristischer Wert (S. 32), weil Übersichtlichkeit wissenschaftliche Hypothesenbildung erleichtert und anregt und so bisherige Erklärungsmuster relativiert. Daraus können reform-politische Vorschläge und Ratschläge erwachsen (S. 32), wenn unter bestimmten sozialpolitischen Zielvorgaben Steuerungs-, Leistungs- oder Effizienzdefizite konstatiert werden müssen. Systemtheoretische Strukturmodelle ermöglichen dann eine soziale Reformpolitik, die sich „als Politik der gesteuerten Weiterentwicklung“ versteht, deren Aufgabe es ist, „dafür zu sorgen, daß bei Veränderungen des Systems das System immer in sich schlüssig bleibt. Es mag seinen Charakter unter Umständen völlig verändern“, aber es darf „nicht in Zwischenphasen verharren, die nicht in sich geschlossen und insoweit eben nicht systemhaft sind“ (S. 32).

Bei der Durchführung dieses Programms erweist sich der Ursprung des Buches aus einer Zusammenfügung überarbeiteter Veröffentlichungen aus mehr als einem Jahrzehnt als gewisse Schwäche für die Systematik. Weder eine Abfolge von übersichtlicher Beschreibung über eine Weiterführung der Analyse durch Bildung und Überprüfung neuer Hypothesen zur Entwicklung von Reformmodellen noch ein Fortschreiten von einfacher systemanalytischer Gesamtübersicht zu immer komplexeren Strukturmodellen ist eindeutig zu erkennen. So kommt es zu Wiederholungen von Grafiken und Formulierungen (z. B. Fig. 9 und 12 sowie S. 43 und 91), die bei etwas anderer Gliederung entbehrlich gewesen wären, nun allerdings die vom Verfasser intendierte „Handlichkeit“ verbessern. Im 1. Kapitel werden ambulante ärztliche Leistungen, Arzneimittelversorgung und Einkommenssicherung dargestellt, die stationäre Versorgung aber erst am Ende des 2. Kapitels, verbunden mit einem ausführlichen Reformplan, während die „synthetischen“ Fragestellungen nach der Funktionsfähigkeit des Systems vor allem dem 3. Kapitel vorbehalten bleiben sollten (S. 30). Ähnliches gilt für die Probleme der Honorierungsverfahren und der Selbstbeteiligung. An ihnen wie an anderen Beispielen (Versicherungspflichtgrenzen, die die „Konkurrenz an der Grenze“ zwischen gesetzlicher Krankenversicherung und privater Krankenversicherung einschränken, Lohnfortzahlungen ohne vertrauensärztliche Kontrolle, Garantie eines kostendeckenden Pflegesatzes) wird aber zugleich deutlich, daß der heuristische und reformpolitische Wert der systemtheoretischen Methode vielleicht doch geringer ist, als der Verfasser ihn einschätzt. Jedenfalls hat sie offensichtlich bisher keine Instrumente und Argumente gebracht, die nicht schon lange in einer ohne diese Methode geführten Diskussion wären.

Solche einzelnen Steuerungsmittel sind aber auch nicht das zentrale Interesse Herder-Dorneichs. Sie dienen ihm vielmehr eher zur Demonstration struktureller Besonderheiten des Systems GKV. Diese Besonderheiten sind nach Herder-Dorneich am ehesten durch die Stichworte „Konzept der Vielfachsteuerung“ (S. 18, 152) und „Globalsteuerung auf mittlerer Ebene“ (S. 152,

186) zu bezeichnen. Reine Steuerungssysteme wie Markt oder zentrale Verwaltung sind der Komplexität und Mehrdimensionalität des Gesundheitswesens nicht adäquat. Komplexe Systeme erfordern komplexe und mehrdimensionale Steuerungsmittel, d.h. die Kombination einer Vielfalt von Steuerungsmitteln. Neben dem Geld kommen vor allem die verschiedensten Berechtigungsscheine und Gruppenverhandlungen, aber auch administrative Regelungen wie Gebührenordnungen und Arzntaxen in Betracht. Diese Steuerungsmittel müssen möglichst geschlossene Regelkreise bilden (S. 186). Das ist am ehesten im Bereich der ambulanten Versorgung der Fall (S. 163), was erklärt, daß dieser Bereich die geringste „Kostenexplosion“ aufwies (S. 141). Kassen, die Krankenscheine an Versicherte ausgeben, Patienten, die sich „auf Krankenschein“ behandeln lassen, Ärzte, die auf Krankenschein ihr Honorar abrechnen, und kassenärztliche Vereinigungen, die gegen Krankenscheine von den Krankenkassen die Gesamtvergütung erhalten und an die Ärzte verteilen, bilden einen solchen geschlossenen Regelkreis. In ihn sind Verhandlungen zwischen Kassen und kassenärztlichen Vereinigungen, aber auch Verhandlungen innerhalb der kassenärztlichen Vereinigungen über Verteilungsmodi der Gesamtvergütung eingebaut (S. 165). In solchen Verhandlungen werden Preisstrukturen und Preisniveaus für ärztliche Leistungen bestimmt, die dann sozusagen über den Kreislauf der Krankenscheine abgewickelt werden, ohne daß die Verbände (oder jemand anderes) irgendwelche direkten Anweisungen geben.

Solche Rückkopplung zur intermediären Ebene der Verbände, zwischen Individuen und Staat, solche „Globalsteuerung auf mittlerer Ebene“, fehlt bei der stationären und bei der Arzneimittelversorgung. Sowohl Mengen als auch Preise werden auf der unteren Ebene, die Mengen insbesondere im Zusammenwirken von Patienten und Ärzten, die Preise weitgehend unabhängig von den Anbietern selbst bestimmt. Die mittlere Ebene (die Kassen) wird erst erreicht, wenn alle Leistungen bereits erbracht und nur noch zu bezahlen sind.

Dieser Strukturvergleich macht verständlich, wie Herder-Dorneich zu dem Vorschlag, krankenhausärztliche und krankenhauschwesterliche Vereinigungen zu bilden, gekommen ist, den er schon 1969 unterbreitet hat. Der Vorschlag kann hier nicht mehr diskutiert werden; die Diskussion ist in dem Buch genau dokumentiert (S. 193 ff.). Er ist nur als markantes Beispiel für system-analytisches Denken im Gesundheitswesen genannt, das Herder-Dorneich zu den ordnungs-politischen Prinzipien führt: Splitting komplexer Probleme, adäquate Steuerung jedes einzelnen Problems durch Aufbau klarer Regelkreise, Einschaltung der mittleren Ebene in diese Regelkreise. In solches Denken vermag das Buch sowohl den Anfänger als auch den — an solches Denken bisher nicht gewöhnten — Experten konsequent einzuführen, unabhängig davon, ob einzelne Regelungen und Daten, auf denen Herder-Dorneichs Problem- und Systemanalyse aufbaut, sich inzwischen weiter entwickelt haben.

D. Schäfer, Bamberg

Weizsäcker, C. C. v.: *Barriers to Entry. A Theoretical Treatment*. Vol. 185 *Lecture Notes in Economics and Mathematical Systems*, Eds. M. Beckmann, H. P. Künzi. Springer-Verlag, Berlin-Heidelberg-New York 1980. VI, 220 S. DM 34,— / US \$ 20.10.

Mit der Konzeption von Marktzugangsschranken konnte J. S. Bain 1956 die Statik der Marktmorphologie überwinden¹. C. C. von Weizsäcker präsentiert in seinem Forschungsbericht eine doppelte Weiterentwicklung dieser Konzeption: Er präzisiert den Begriff der Markteintrittsschranken und zeigt, daß die von Bain angeführten Phänomene nicht in jedem Fall Markteintrittsschranken darstellen. — Wegen des beschränkten Platzes werde ich hier vor allem die konzeptionellen Änderungen vorstellen.

1. Bain beschreibt die Offenheit eines Marktes — und damit die Höhe der Eintrittsschranken — „by the extent to which established sellers can persistently raise their prices above a competitive level without attracting new firms to enter the industry“ (aaO., 5). Das ist die Folge der Kosten, die die Überwindung der Eintrittsschranken den (potentiellen) Neulingen verursacht. Zwischen diesen Kosten und anderen fixen Ausgaben bei der Neugründung eines Unternehmens gibt es prinzipiell keinen Unterschied, und es sind Fälle denkbar, in denen sie die Optimalität des Marktergebnisses nicht nur nicht stören, sondern Voraussetzung für das Erreichen eines Pareto-Optimums sind. Um das auszuschließen, definiert v. Weizsäcker Markteintrittsschranken so, daß sie „require the existence of certain inefficiencies as an attribute. ... The latter approach seems to be more advisable, since the inefficiency connotation of the concept is by now deeply ingrained in the use of the term by policy oriented economists and policy makers.“ (S. 2).

2. Ineffizienzen (und/oder Unterschiede in der internen Verzinsung) haben ihre Ursache regelmäßig in externen Effekten. Externe Effekte setzen — begrifflich — die Existenz mehrerer Märkte voraus. Unter der Berücksichtigung der Interdependenz der Märkte kommt v. Weizsäcker zu einer Systematik (auf S. 12), die hier mit Hilfe eines Beispiels vorgestellt werden soll: Ein „zu hoher“ Patentschutz sorgt dafür, daß zu wenig Nachahmer auf den Markt kommen, das Einkommen der Erfinder deshalb überdurchschnittlich hoch ist und — möglicherweise — zu viele Ressourcen für die Produktion neuen technischen Wissens aufgewendet werden: Während wir den ersteren Effekt als Wettbewerbsbeschränkung (aufgrund beschränkten Marktzugangs) auffassen, bezeichnen wir den letzteren als einen externen Effekt des hohen Patentschutzes. Deshalb definiert v. Weizsäcker:

“Barriers to entry into a market then can be defined to be socially undesirable limitations to entry of resources which are due to protection of resource owners already in the market.“ (S. 13)

3. Es bleibt zu klären, was Verf. unter „socially undesirable limitations“ versteht. Ist es denn nicht so, daß wir möglichst viel Wettbewerb haben sollten? Verf. unterscheidet (mindestens) drei Ebenen des Wettbewerbs: Auf der untersten Ebene des Ge- und Verbrauchs ist der freie Zugang zu Gütern üblicherweise durch exklusive (private) Eigentumsrechte ausgeschlossen. Dieser Ausschluß ist Voraussetzung dafür, daß der Wettbewerb auf der II. Ebene, derjenigen der Güterproduktion, funktionieren kann: Besteht freier

¹ Bain, J. S. (1956), *Barriers to New Competition, Their Character and Consequences in Manufacturing Industries*. Cambridge (Mass.).

Zugang zu dem technischen Wissen, so führt Gewinnstreben bei vollständigem Wettbewerb auf allen Güter- und Faktormärkten zu einem sozialökonomischen Optimum:

"We have to define what we mean by free access to the production processes available to society. It means that there are open markets for the goods, where one can buy the inputs and sell the outputs at prices which are the same for everybody willing to buy and to sell. In addition it means free access to the knowledge needed for the production process. There exists no production secrets. Expert knowledge and skills can be bought by each producer at the same price." (S. 6) —

Die III. Ebene ist die Ebene der Innovationen:

"I could also have called it the level of production of new knowledge ... It consists of activities leading to technical progress in the production functions, to new products which can be produced ..., to new knowledge about the availability of resources or goods etc. Competition on level III is closely related to 'dynamic' competition as it was described by J. M. Clark and others ..." (S. 7).

Soll die Produktion von Innovationen marktwirtschaftlich organisiert werden, dann setzt das mindestens eine gewisse Einschränkung des Wettbewerbs auf der II. Ebene voraus: „Unless higher level activity is somehow protected, there is a tendency for inferior competition to drive out better competition.“ — Der optimale Wettbewerb hat nicht nur diese Interdependenzen zwischen den drei (und u. U. existierenden höheren) Ebenen, sondern auch die Kosten für die Sicherung dieses Wettbewerbs zu berücksichtigen.

Ich halte diese Konzeption des mehrstufigen Wettbewerbs für außergewöhnlich fruchtbar, weil sie die spezielle Wettbewerbsproblematik sich entwickelnder Volkswirtschaften gerecht werden kann: Daß der Patentschutz des Nachahmers erschwert und dem Patentbesitzer ein höheres Einkommen sichert, sind beides keine hinreichenden Gründe, ihn abzuschaffen, denn es ist vorstellbar, daß die Realisierung des Optimums einen gewissen Patentschutz und damit eine gewisse Einschränkung des Wettbewerbs auf Ebene II erfordert.

4. In den Kap. 2 - 9 untersucht Verf. Phänomene, die Markteintrittsschranken darstellen können:

- absolute Kostenvorteile in Kap. 2,
- Skalenerträge in Kap. 3 und 4,
- Produktdifferenzierung in Kap. 5 und 6,
- Unvollkommenheiten des Kapitalmarktes in Kap. 7,
- Eintrittsschranken in wachsenden Industrien in Kap. 8 und 9.

Seine Ergebnisse faßt Verf. so zusammen:

"The reduction of barriers to entry to Bain's three sources of absolute cost advantages, economies of scale and product differentiation advantages is theoretically no longer adequate. In all three cases, as is shown in chapters 2 to 6, we can construct subcases, in which the phenomena do not lead to entry barriers. On the other hand, there are other subcases on these three phenomena which do lead to entry barriers. Moreover, as chapters 8 and 9 show, we may encounter entry barriers, which Bain perhaps classifies under absolute cost advantages, but which probably are better understood as a category of its own, arising out of the characteristics of progressive industries." (S. 213/4).

H. Schneider, Zürich